

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

17. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.05.2018
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Ort, Raum:	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Genehmigung des Protokolls**

Das Protokoll der 16. Sitzung vom 01.03.2018 wird im Ausschuss, ohne Änderungen, genehmigt.

zu 2 **Jugendfördergesetz Berichterstattung Sen BJW**

Frau Stappenbeck und Herr Witte von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie berichten anhand einer Präsentation (wird dem Protokoll beigefügt) zum aktuellen Stand der Dinge im Jugendfördergesetz.

Frau Stappenbeck erläutert, auf Nachfrage des Vorsitzenden Herrn BV Siewer, dass es in den letzten Jahren keine Neuregelungen zur Finanzierung der Jugendarbeit aus den Senatsverwaltung für Jugend gab. Es gab ausschließlich Neuregelungen aus den Senatsverwaltungen für Finanzen. Die finanziellen Standards seien in der Globalsumme festgesetzt worden, nur von den Bezirken der Jugendarbeit nicht zugewiesen worden.

Das Produktbudget für die Jugendarbeit sei bei der letzten Haushaltsplanaufstellung um 4,9 Mio., für alle Bezirke Berlins erhöht worden. Die Bezirke setzen diese Mittel aber nicht im Bereich Jugendarbeit um. Mit der Einführung der Plausibilitätskostensätze sollte die Einhaltung von Standards gefördert werden.

Zur Einhaltung der gesetzlichen 10% -Vorgabe für die Jugendarbeit führte Frau Stappenbeck aus, dass hierzu niemals eine Rechtsverordnung zur Umsetzung gegeben habe. Auch das neue Jugendfördergesetz brauche eine Rechtsverordnung, die erarbeitet werden müsse. Da es sowas bisher noch nicht gegeben habe, gäbe es auch keine Vorgaben, was die Gestaltung angehe.

Herr BV Torno (AfD) fragt, ob das Gesetz bereits in den anderen BVVen von Berlin vorgestellt wurde? Frau Stappenbeck bejaht dies. Sie war bereits in Spandau, in Marzahn/Hellersdorf, in Lichtenberg und in Pankow. Die Reaktionen seien sehr positiv gewesen.

Herr Wichert (AG für Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit) fragt, ob es gewünscht sei, dass die Agen nach § 78 SGB VIII zu dem Gesetzentwurf Stellung beziehen? Herr Witte antwortet, das man natürlich niemanden abhalten könne, Stellung zu etwas zu beziehen.

Der Begriff der Leistungsstunde wird auf Nachfrage des Vorsitzenden erläutert. Sie solle

draus errechnet werden, wieviel Arbeitskraft / wie und viele Mittel werden gebraucht, um eine Stunde Jugendarbeit qualitativ abzudecken. Gebucht werde auch die Stunde, die der Mitarbeiter wegen Krankheit oder Urlaub fällt die Leistungsstunde nicht aus. Die derzeitige Angebotsstunde werde ausschließlich aus dem Ergebnis der KLR bestimmt.

Frau Stappenbeck erläutert, die 10%-Regelung sei im Jahr 1992 erfunden worden. In den letzten Jahrzehnten habe es im Bereich HZE und Kita einen enormen Anstieg der Ausgaben gegeben.

Der Vorsitzende erläutert, dass ein Platzbedarf von 18% (mit kirchlichen Trägern) der Bezugsgruppe festgelegt worden sei. Ohne kirchliche Träger liege der Bedarf bei 11,4%. Die in der Präsentation der Senatsverwaltung für Jugend an Bedarf vorgestellten Zahlen seien allerdings geringer (höchste Zahl bei den 9-17-jährigen lag bei 17%). Der Vorsitzende folgert es werde seitens der Senatsverwaltung also von niedrigeren Bedarfen ausgegangen als in früheren Planungen.

Frau Stappenbeck erklärt dazu, dass die damalige Planung finanziell nie umgesetzt worden sei. Das große Ziel sei es nun, Fach- und Finanzplanung zu verzahnen. In dieser Zielsetzung gehe die Senatsverwaltung für Finanzen sogar mit.

Herr Kühbauer (Kiezplenum Sparrplatz) fragt nach, warum der Gleichstellungsgrundsatz (öffentliche/freie Träger) nicht praktiziert worden sei.

Frau Stappenbeck erläutert, die objektive Rechtsverpflichtung (nicht freiwillige Leistung!) werde inzwischen auch von der Senatsverwaltung für Finanzen gesehen. Im Bundesgesetz sei festgelegt, dass ein angemessener Anteil für Jugendarbeit bereit zu stellen sei. Die einzelnen Bundesländer haben von als Maßgabe 5 bis 10 Prozent (1991/1992) in ihre Ausführungsgesetze zum KJHG aufgenommen, ohne aber gleichzeitig an dem Thema „Rechtsverordnung“ und Umsetzung dieser Maßgaben zu arbeiten. Demnach sei in den letzten Jahren das Thema „Jugendförderungsgesetze“ deutschlandweit stärker auf die Tagesordnung gekommen.

Offen sei noch, wie man die Jugendförderung effektiv ins Finanzierungssystem vom Berlin einbaue. Der Versuch, Finanz- und Jugendhilfeplanung zu verzahnen solle ein Versuch dazu sein.

Für Jugendarbeit öffentlicher und freier Träger gebe es zwei unterschiedliche Preise, denn man muss in den Kategorien „Budgetierung“ denken, auch wenn das rechtlich nicht so klar ist. Bei der Budgetierung der öffentlichen Träger würden mehr Umlagen mehr berücksichtigt. Deshalb sei dort die alte Angebotsstunde immer teurer gewesen und das Angebot war beim freien Träger preiswerter. Auch dies solle in Zukunft geheilt werden.

Herr BV Torno (AfD) erfragt wie es denn sei, wenn die Arbeitsgruppen nach § 78 eine Stellungnahme einreichen. und ob man sich seitens der Senatsverwaltung damit befassen werde.

Frau Stappenbeck erklärt, dass dieses Projekt nicht so aufgebaut ist, das die AGen nach § 78 einbezogen sind. Man würde in die JHA's gehen und die Auseinandersetzungen mit den Ausschussvorsitzenden gern führen. Selbstverständlich werde aber eine Stellungnahme beachtet und besprochen.

Frau BD Lang fragt, wenn die Zuweisung nicht zweckgebunden sein könne und es eine Art unteres Limit gebe (was höher ist als das bisherige), was passiere, wenn dies seitens der Bezirke nicht eingehalten wird?

Frau Stappenbeck stellt dazu die Frage in den Raum, ob eine „negative Basiskorrektur“ ein Lösungsansatz dazu wäre. Bezirke, die das zugewiesene Geld nicht für Jugendarbeit einsetzen, müssten dann die Zuweisungen bei diesem Modell zumindest teilweise zurückgeben.

Eine Zweckbindung der Mittel im Gesetz wäre ihr weitaus lieber. Es seien „nur“ 85 Mio. € für 12 Bezirke, die zugewiesen würden. Eigentlich sollte es daher keine Schwierigkeit darstellen, dieses Geld zweckgebunden für Jugendarbeit auszugeben, aber die Lage sei anders.

Frau Goral (Leiterin Jugendamt) teilt mit, dass sie diesen Prozess sehr begrüße. Nicht, weil dieser Prozess zwangsläufig dazu führen werde, dass wir eine abgesicherte Jugendarbeit in Berlin haben werden, aber vermutlich dadurch ein Gesetz auf den Weg gebracht und auch verabschiedet werde, wodurch einige große Schritte in die richtige Richtung getan würden. Es wird kein Weg daran vorbei führen, ein Finanzierungssystem zu finden, das mit der KLR und seiner Systematik zusammen passt.

Herr Kühbauer (Kiezplenum Sparrplatz) berichtet, dass er bisher immer nur ein Abbau der

Kinder- und Jugendarbeit erlebt habe. Bundesweit seien über 10.000 Vollzeitäquivalente abgebaut worden. Es müsse stark darauf geachtet werden, wie nun das neue Verfahren umgesetzt werden.

Der Vorsitzende Herr Siewer bedankt sich herzlich bei Frau Stappenbeck und Herrn Witte und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 3 Mitteilungen

zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden

Der Vorsitzende Herr Siewer weist auf die Veranstaltung zum 5. Berliner Jugendhilfeforum am 26.05.2018 im BA Mitte hin und legt dies allen Anwesenden sehr ans Herz.

zu 3.2 des Bezirksamtes

BzStRin Dr. Obermeyer berichtet über die Kintertagesbetreuung. Berlin Mitte hat leider ein objektives Defizit an Kitaplätzen. Mit der Senatsverwaltung für Jugend ist man bereits dabei verschiedene Nothilfemaßnahmen aufzutun, die dazu dienen sollen, drängendste Bedarfe zu befriedigen. Dazu gehört, dass die Senatsverwaltung die Bezirke darin unterstützt dringende Fälle zu versorgen und angeboten hat pro Bezirk 15 gemeldete Fälle in Eigenleistung und Zusammenarbeit mit großen Kitaträgern (über 1000 Plätze) zu bedienen. Die Anzahl sei recht gering, zeige aber auch wie schwierig die Lage sei. Jeder vergebene Kitaplatz sei ein Gewinn. Dabei geht es auch nicht nur um Klageabwendung (lt. aktuellem Urteil sind die Bezirke dazu verpflichtet, den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz auch mit einem Kitaplatz zu beantworten). Darüber hinaus geht es auch um die Dringlichkeit in den Familien einen Kitaplatz zu bekommen.

Familien aus dem Bezirk Mitte müssten vorrangig einen Kitaplatz zugesprochen bekommen. Familien, die auf Grund ihrer Arbeitsstelle in Mitte einen Kitaplatz suchen aber in einem anderen Bezirk wohnen dürften erst bedient werden, wenn der Bedarf bei Mitte-Bewohner*innen gedeckt sei.

Bestehende Betreuungsverträge mit Familien außerhalb von Mitte bleiben davon natürlich unberührt. Ebenfalls wird auf den Bedarf bei Geschwisterkindern selbstverständlich weiterhin Rücksicht genommen.

Am 05.05.2018 findet der Tag der Tagespflege statt. Man kann Tagespflegestellen besichtigen. Der Bereich Tagespflege soll auch weiter ausgebaut werden. Auch da kann man natürlich nicht endlos viele Betreuungsplätze schaffen, aber es ein weiteres attraktives Angebot für Familien, die nicht so einfach einen Platz in einer Kita bekommen.

Im Rathaus Tiergarten ist der RSD umgezogen. Die Arbeit war davon nicht beeinträchtigt und eine räumliche Verbesserung ist dadurch entstanden.

Schwierig ist die Situation räumlich im Bereich Unterhaltsvorschuss und Antragservice für familienunterstützende Leistungen in der Karl-Marx-Allee. Es bestehen große Schwierigkeiten zeitnah einen guten Antragservice darzustellen. Es wurde Mitarbeiter eingestellt, aber räumlich seine wir am Ende unserer Kapazitäten angelangt, weshalb wir eine entsprechende Veränderung geplant werde. Im ersten Stock der KMA soll ein Antragservice eingerichtet werden, der perspektivisch auch in ein Familienservicebüro umgewandelt werden kann. Dazu muss aber der Bereich Bürgerdienste umziehen. Das große Problem bestehe in dem benötigtem Zeitfenster für notwendige Umbaumaßnahmen. Demnach wird dies auch erst in 2019 realisierbar sein. Eine Lösung für den Antragservice wird intensiv gesucht.

Das Haus in der Kameruner Straße wurde geräumt.

Im Wedding gab es ein sehr tragisches Tötungsdelikt. Eine Mutter von drei Kindern wurde umgebracht. Das Jugendamt Mitte hat die Kinder in Obhut genommen.

Auf Nachfrage von Herrn BV Schwarz (SPD) erklärt Frau BzStRin Obermeyer, das die Situation in der Stralsunder Straße bzgl. der für eine Kita evtl. zu weichenden Seniorenstätte. Die Fläche der Senioreneinrichtung sei für eine Kita eher zu klein. Allerdings gibt es ein Interesse einer anderen ansässigen Kita sich damit zu erweitern. Bisher blieb dies ohne Zusage.

Um den Senioren weiterhin Angebote unterbreiten zu können, könnte man die Räumlichkeiten für die Kita als auch für die Senioren nutzen. Das ist aber alles erst eine Idee.

Auf Nachfrage von Herrn BV Torno (AfD) teilt Frau BzStRin Obermeyer mit, dass es momentan keine anhängigen Klageverfahren bzgl. der Kitas gibt.

Frau Goral (Leiterin Jugendamt) teilt mit, dass am 15.05.2018 im Bundespressekonferenzhaus eine Fachveranstaltung stattfindet. Im Jahr 2016 hat das Jugendamt Mitte mit der Hochschule Koblenz und der deutschen Kinderhilfe e.V. eine Studie in Auftrag gegeben: „ASD in Not“. Diese wird am 15.05.2018 veröffentlicht. Am 14.05.2018 wird die ARD im Rahmen des Themenabends dieses Thema „Misshandelte Kinder“ aufgreifen und auch Bezug auf diese Studie nehmen.

Frau Goral (Leiterin Jugendamt) stellt ihre neue Assistentin, Frau Maja Zander, vor und teilt mit, dass Frau Zander auch die neue Verbindungsstelle bzgl. des Jugendhilfeausschusses ist.

Auf Nachfrage von Frau Schauer-Oldenburg (Integrationsausschuss) erklärt Frau BzStRin Obermeyer, dass an Sie die Information herangetragen wurde, dass die Seniorenfreizeiteinrichtung in der Stralsunder Straße nicht mehr weiter betrieben werden soll. Gleichzeitig kam die Anfrage der Kita vor Ort, ob man diese Räume nicht mitnutzen könne.

Der Ressourcenmangel in der Senioreneinrichtung bezieht sich auf das Personal. Dadurch können zu wenig Angebote gemacht werden. Das Interesse der Senioren ist vorhanden.

BzStR Gothe und BzStRin Obermeyer werden, nach intensiver Prüfung, die Entscheidung für die Weiterverwendung dieses Standortes treffen.

zu 4 Berichterstattung aus den AG'en 78

Katharina Homann (AG Beteiligung) möchte zwei Dinge zum derzeitigen Stand in der Kinder- und Jugendbeteiligung mitteilen:

Die Kinder- und Jugendjury hatte ihre erste Förderrunde. Es gab eine sehr erfolgreiche Diskussion. Die zweite Runde steht im Juni an.

Bei Interesse an einzelnen Projekten bittet Frau Homann, dass man direkt auf sie zukommt.

Die Koordinierungsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung im Moabiter Ratschlag war in der letzten Woche, zusammen mit zwei Kolleginnen aus zwei anderen Bezirken, in den Stadtentwicklungsausschuss vom Abgeordnetenhaus eingeladen. Es ging um das Thema „Beteiligung in der Stadtplanung“. Sie hätten positive Dinge im Rahmen der Koordinationsvereinbarungen über die Stadtentwicklung berichten können, haben aber auch noch mal deutlich gemacht, dass wenn dieses Thema auf Landesebene und auch in den Bezirken ernst genommen wird, der Bereich Stadtentwicklung überlegen muss, wie sie in ihren Bauprojekten auch ein eigenes Budget für Beteiligung sicherstellen. Selbst wenn das neue Jugendförderungsgesetz so durchginge und der Bereich Beteiligung auch gestärkt werde, würden die Koordinierungsstellen es sich nicht leisten können dies bei einzelnen Projekten zu machen.

Das wurde von der zuständigen Senatorin wohlwollend aufgegriffen. Die Senatorin sagte, sie werde sich gegenüber den Baustadträten dafür einsetzen, dass da etwas passiere.

Herr Kübauer (Kiezplenum Sparrplatz) berichtet, dass sich das Kiezplenum mit der Sozialraumentwicklung und -orientierung beschäftigt habe.

Die Kinder der im Wedding ermordeten Frau seien Stammkinder einer örtlichen JFE. Herr Kübauer fand es sehr beruhigend, wie sich die Einrichtung um diese Kinder gekümmert habe. Auch die Schule der Kinder hat, z. B., während des Unterrichts über diese Situation informiert, denn die Presse als auch die Öffentlichkeitsarbeit waren sehr unsensibel.

Darüber hinaus wurde am 26.04.2018 eine nachbarschaftliche Initiative gegründet, die verdeutlichen soll, dass in diesem Kiez Gewalt absolut abgelehnt wird und die Nachbarschaft sich auch mit den Kindern solidarisiert hat.

Was noch versucht wurde zu besprechen ist, ob es auch im Rahmen der Sozialraumorientierung möglich ist, dass die Kinder diese guten Kontakte, die sie im Sozialraum haben, auch weiterhin nutzen können.

Das Jugendamt teilte mit, dass auch diese Aspekte bei Entscheidungen geprüft werden..

Herr Wichert (AG Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit) berichtet, dass sie im Sportausschuss über den Mitternachtssport gesprochen haben bzw. diesen vorzustellen. Dieses Projekt konnte mit zusätzlichen Geldern in diesem Jahr umgesetzt werden, um jungen Menschen am Wochenende, in den späten Nachtstunden, auch ein Angebot machen zu können.

Dieses Projekt wurde im Sportausschuss sehr begrüßt. Gleichzeitig wurde aber auch über das Fehlen an Sporthallen gesprochen.
Mit Hilfe des JHA möchte die AG Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit die Möglichkeiten eruieren. Es wird nun erst mal der Kontakt zum Sportamt aufgenommen.
Die neuen Sprecher, Jan Hoffmann und Jochen Uhländer, der AG Brunnenstraße Nord stellen sich vor.

zu 5 Berichterstattung aus der Spielplatzkommission

Frau BzStRin Obermeyer berichtet zur Spielplatzkommission, dass sich in den stattgefundenen Sitzungen viel mit den regionalen Spielplätzen befasst wurde und im Wesentlichen mit der Geschäftsordnung als auch mit den Positionspapieren gearbeitet wurde. Das Positionspapier war bereits in der vorherigen Legislaturperiode ein großes Thema. Dies wurde nun, nach zwei Tagungsterminen, am 23.04 2018 zum Abschluss gebracht. Das Positionspapier wird dem JHA noch zugeleitet.

Gleichzeitig liegt auch die Fortschreibung zur Spielplatzentwicklungsplanung aus dem Bereich von Frau BzStRin Weißler vor. Punkte aus dem Positionspapier finden sich darin durchaus wieder. Es müsse aber an der Verzahnung noch gearbeitet werden. Dazu gehört auch das Startgespräch, in dem es um SGA und Stadtentwicklung, Jugend und Projektauswahl ging.

Für die kommende Sitzung im Juni 2018 werden Begehungen (Spielplätze als auch Planschen) geplant, wozu auch Gespräche mit dem Planungsbüro stattfinden.

zu 6 Verwendung der Stiftungsmittel 2017

Herr BV Torno (AfD) regt an, die Räumlichkeiten aus der Finanzierung der Stiftungsmittel im Rahmen des JHA zu besichtigen.

Der Vorsitzende BV Siewer erklärt, dass der Aufwand, dort zu tagen, größer wäre als der Nutzen, denn die Summen der Stiftungsgelder seien sehr gering. Allerdings seien Vororttermine aus fachlicher Perspektive oft interessant.

zu 7 Rück- und Ausblick zum TOP 2 der Sitzung vom 01.03.2018, „Von Abschiebung bedrohte Kinder, Jugendliche und junge Volljährige“

Der Vorsitzende erinnert daran, dass man sich Gedanken darum machen wollte, wie man mit den Forderung der AG Mädchen umgeht.

Hierzu gehörten die Forderungen „Sicherung des Aufenthaltes für Kinder, Jugendliche, jedes Erwachsenen und deren Familien; Vorrangigkeit der Umsetzung der Jugendhilfe ggü. Asyl- und aufenthaltsrechtlichen Belangen, Deutliche Verbesserung der Unterstützung der begleiteten Mädchen in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen durch die Jugendhilfe; Unterstützung junger Erwachsener durch Jugendhilfe und Jugendberufshilfe, Berücksichtigung von §41 SBG VIII“

Da in vielen Punkten die Gesetzgebungskompetenz des Landes fehle, wolle man aber trotzdem Punkte berücksichtigen, die die Situation der Betroffenen und der für sie Aktiven verbessere.

Einige Punkte sind :angelehnt an das Protokoll vom 01.03.2018:

- Statistik aufstellen (landesintern)
- Regelung § 25a und 25b. Wie kann das in der Verwaltungspraxis in Berlin verbessert werden?
- Wie stark muss die Sicherung des Lebensunterhaltes berücksichtigt werden?
- Auslegung des § 23a (in Berlin)
- Inwiefern wird die Jugendverwaltung an der Integrationsprognose beteiligt?
- Einbindung des Vormundes bei Abschiebung (findet in Berlin nicht statt)
- Welches Bemühen ist ausreichend um bei einer Botschaft die Identität festzustellen?

Diese Forderungen und andere sollen in ein Papier zusammengefasst werden.
Der Vorsitzende BV Siewer schlägt vor, eine Schreibgruppe einzusetzen.

Sie soll ein Papier verfassen, das Anfang Juni im Ausschuss zur Abstimmung gestellt wird.

Das Jugendamt erklärt sich ebenfalls bereit an der Schreibgruppe teilzunehmen.

Für die Schreibgruppe vorgeschlagen sind folgende Personen:

Frau Kakowski

Frau Wolf

Frau Schauer-Oldenburg (Grüne)

Frau BV Linnemann (SPD)

Herr BV Siewer (Grüne)

Die Antragsteller werden durch die Verwaltung des Jugendamtes eingeladen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Annahme des Antrags, bei einer Enthaltung, der AfD, für die Schreibgruppe.

zu 8 Kita Triftstraße: Festlegen eines Verfahrens zur Auswertung eines Trägers für das Grundstück Triftstraße für Zwecke der Kindertagesbetreuung

Der Vorsitzende berichtet über ein Gespräch mit der Verwaltung des Jugendamtes, wobei es um das Entscheidungsrecht des JHA ging, dass er im Auftrag des Ausschusses geführt hat.

Die Verwaltung des Jugendamtes vertritt die Auffassung, dass im Auswahlverfahren im Bereich der Kitas anders zu verfahren sei als im Bereich der Jugendarbeit.

Es gibt für die Triftstraße über 20 Bewerbungen und eine Tischvorlage existiert ebenfalls.

Es wird eine Auswahlgruppe geben, die aus der Frau BzStRin Obermeyer und sechs Mitgliedern bestehen wird, die von der BzStRin Obermeyer benannt werden (drei aus der Verwaltung des Jugendamtes / drei auf Vorschlag aus dem JHA).

Diese Gruppe wird den Bewerberkreis aus 20 auf fünf reduzieren, um dann mit den Bewerbern Einzelgespräche zu führen.

Die Auswahl wird dann dem JHA vorgestellt. Der JHA kann entscheidet dann über den Vorschlag der Gruppe. Der JHA kann diesen Vorschlag auch ablehnen, sodass dann neu ausgewählt werden müsste.

Frau BzStRin Obermeyer gibt zu diesem Thema eine Tischvorlage aus, die dem Protokoll beigefügt ist.

Der Vorschlag zu drei Mitgliedern des JHA zur Besetzung des Auswahlgremiums sieht folgendermaßen aus:

BV Dietzsch (FDP)

BD Christopoulos (designiert)

BD Schauer-Oldenburg (Integrationsausschuss)

Ein Mitglied des Bezirkselfternausschusses sollte als beratendes Mitglied an den Sitzungen teilnehmen.

Die Tischvorlage wird dementsprechend angepasst und von Frau BzStRin Obermeyer allen Mitgliedern des JHA zur Verfügung gestellt.

In der Abstimmung wird der Vorschlag zu drei Mitgliedern des Gremiums als auch des beratenden Mitglieds aus dem Bezirkselfternausschuss mit 8 Ja-Stimmen und 2-Neinstimmen mehrheitlich angenommen.

Die Abstimmung zu den benannten Gremiummitgliedern wird mit 10 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig angenommen.

zu 9 Wahl einer stellvertretenden Bürgerdeputierten für Frau Christopoulos

Der TOP wird vertagt.

zu 10 Wahl eines beratenden Mitglieds (eine in der Mädchenarbeit erfahrene Frau)

Frau Al-Bayoumi (Karamè e.V.) stellt sich vor. Seit zwei Jahren engagiert sie sich in der AG Mädchen.

Frau Al-Bayoumi kandidiert zum beratenden Mitglied

Frau Krämer (InVia) kandidiert als stellv. Mitglied. Leider ist Sie nicht mehr vor Ort, sodass sie sich nicht vorstellen kann.

Lt. Mitteilung von Herrn Lehmann, sind diese Mitglieder der BVV von der Bezirksstadträtin

für Jugend vorzuschlagen.

zu 11 Beratung von Drucksachen

zu 11.1 Finanzkompetenz für Jugendliche und junge Erwachsene

Drucksache: 1109/V

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des Antrages (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bü90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion Die Linke, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 3 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 11.2 Arbeitslosigkeit und Hartz IV vermeiden – Zahl der Schulabbrecher*innen in Mitte endlich nachhaltig senken!

Drucksache: 1172/V

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des geänderten Antrages (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bü90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion Die Linke, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 3 Ja-Stimmen von Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

Aus „Dem Bezirksamt wird empfohlen,“ wird „das Bezirksamt wird ersucht,“

Es wird der Satzteil (...) „und die der vom Schulabbruch bedrohten Schüler*innen“ (...) eingefügt.

Es wird der Satz „Hierzu ist es erforderlich Träger wie den Jugendmigrationsdienst bei der Erstellung hinzuzuziehen.“ eingefügt.

zu 11.3 Spielplätze wirklich realisieren und instand halten II

Drucksache: 1176/V

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des Antrages (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bü90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion Die Linke, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 3 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 12 Verschiedenes

BzStRin Obermeyer berichtet über den in der vergangen Woche stattgefundenen „Girls-day“. Es konnten zwei Mädchen begeistert werden, sich im Bezirksamt über die Arbeit des Jugendamtes und des Amtes für Bürgerdienste zu informieren.

Sie ruft alle auf, Ideen für den Girls Day an sie heran zu tragen, um die Arbeit für die Jugendlichen angepasst darzustellen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung

gez.

Tilo Siewer
Vorsitzender

Nina Geltat
Protokollant

